

i Fijáte !

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 343

14. Sept. 2005

12. Jahrgang

Die Wahrheit ist nichts Absolutes (Teil 2)

Mit der Herausgabe des Berichts *Nunca más* und der seelsorgenden Begleitung von Angehörigen bei der Exhumierung ihrer Liebsten leistet die katholische Kirche in Guatemala einen wichtigen Beitrag zur Versöhnungsarbeit. Wie sieht es aber mit dem politischen Aspekt der Aufarbeitung aus, welche Haltung nimmt die Kirche z. B. gegenüber strafrechtlichen Prozessen gegen die Verantwortlichen von Massakern und Morden ein? Und wo sieht sie ihre Rolle in der aktuellen politischen Krise, welche die Bevölkerung in ihrem Alltag erneut mit Gewalt und Un-Sicherheit konfrontiert. Wie steht es um das Potential der katholischen Kirche, Prozesse zu begleiten, die soziale Veränderungen anstreben?

Im zweiten Teil des Interviews erzählt Jesús Hernández, Theologe und Direktor von CAFCA (*Zentrum für forensische Analyse und angewandte Wissenschaften*), wie die katholische Kirche in Guatemala mit einer immer komplexer werdenden Gegenwart umgeht.

Frage: Wie ist die Einstellung der katholischen Kirche gegenüber der Justizfrage, gegenüber den juristischen Prozessen? Ist für sie die Sache erledigt, wenn die Exhumierung gemacht und im besten Fall das soziale Gefüge wieder hergestellt ist oder motiviert und unterstützt sie die Leute auch darin, auf juristischer Ebene Gerechtigkeit einzufordern?

J.H.: Wenn wir von der Wiederherstellung des sozialen Gefüges sprechen, haben wir nicht das abschliessende Mittel oder Rezept bereit, dies auch zu erreichen. Schlussendlich obliegt es der Gemeinde, diesen Prozess durchzuführen. Wir versuchen, mit unserer Studien- und Dokumentationsarbeit über das Geschehene, dazu beizutragen. Aber die Antwort müssen sie selber finden.

Wir können zu einem Versöhnungsprozess beitragen, aber wir können die Wunden nicht vollständig heilen. Niemand kann das Fehlen einer geliebten Person wiedergutmachen. Vor allem, wenn diese Person auf eine gewaltsame, ungerechte Art umgebracht wurde, wenn jemand entführt, verschwunden, gefoltert oder verbrannt wurde. Wenn wir in diesem Zusammenhang von Wiedergutmachung sprechen, müssen wir uns klar darüber sein, dass wir in erster Linie eine Wunde wieder geöffnet haben.

Unser Volk ist aber nicht erst seit dem Tod einer bestimmten Person verletzt, es leidet unter einer historischen Verletzung. Wenn wir von psychosozialer Begleitung sprechen, müssen wir uns fragen, wie diese Leute während all den Jahren so viel Schmerz ertragen haben. So muss eine psychosoziale Begleitung über die Zeit einer Exhumierung hinausgehen, es muss eine grundlegende ethische Arbeit gemacht werden, damit die Leute ihr Selbstvertrauen wiedergewinnen und sich für sich und ihre Rechte einsetzen. Wir helfen den Leuten, aus ihrem Selbstmitleid und aus ihrer Opferrolle heraus zu kommen, weil wir sonst rechtfertigen würden, was die Menschenrechtsverletzer gemacht haben und würden diese in der Straflosigkeit belassen. Wir müssen die Verantwortlichkeiten aufzeigen, die Verantwortung der Oligarchie, des Militärs für all das, was geschehen ist.

Womit wir zum Thema „Gerechtigkeit“ kommen. Von der göttlichen Gerechtigkeit zu sprechen kann ich in diesem Fall nicht akzeptieren. Denn die Leute leben weiterhin mit ihren

Wunden und mit ihrem Schmerz. Die Leute müssen ihren eigenen Versöhnungsprozess mit Gott durchmachen. Sie werden mit Gott zu sprechen beginnen, so wie sie bei der Exhumierung mit ihren Verstorbenen sprechen. Sie werden auf diese Art mit Gott oder dem Schöpfer kommunizieren.

Das Thema der Justiz ist viel heikler. Wir müssen die verschiedenen Komponenten des Themas „Justiz“ betrachten. Justiz/Gerechtigkeit in diesem Land bedeuten

1: Viel Geld. Der Fall von Dos Erres läuft seit 10 Jahren, Plan Sánchez dauert auch schon seine Jahre, die Genozid-Fälle vom Menschenrechtszentrum CALDH ebenfalls. Kurz und gut, um einen Prozess anzustreben und durchzuführen, braucht es einen Haufen Geld.

2: Es braucht AnwältInnen, die bereit sind, diese Fälle zu führen. In diesem Land ist es einfacher, ein Fall wegen einer Namensurkunde oder wegen eines Landtitels zu führen, als ein Genozid- oder Massakerfall. Es ist gefährlich für AnwältInnen, sich dieser Fälle anzunehmen, sie überlegen sich das zweimal bevor sie akzeptieren. Nichtsdestotrotz gibt es AnwältInnen, die mit grosser Überzeugung und Engagement solche Fälle führen.

3. Ein Justizfall kann nur geführt werden, wenn sich die Gemeinde oder die Familie dazu entscheidet. Die zuvor beschriebene Phase der Exhumierung, der Zusammenführung, der Versöhnung ist eine Etappe. Es ist Teil unserer Arbeit, die Leute über die legalen Möglichkeiten zu informieren. Damit hört unsere Arbeit auf, die Entscheidung liegt nun bei ihnen. Von Amts wegen wäre es die Staatsanwaltschaft, die die Untersuchungen nach einer Exhumierung weiterführen müsste, doch dies passiert leider nicht. Wieviele Justizfälle gab es auf nationaler Ebene bei den drei Institutionen, die bisher zwischen 400 und 500 Exhumierungen durchführten, das *Erzbischöfliche Menschenrechtsbüro* ODHAG, das bereits erwähnte CAFCA und die *Forensisch-Antropologische Stiftung Guatemalas*, FAFG? Man kann sie an den Fingern einer Hand abzählen. Plan Sánchez, Río Negro, ansatzweise Dos Erres, die Fälle von CALDH gegen Ríos Montt und Lucas García, und damit hat sichs. Das Thema Justiz ist also noch in weiter Ferne.

Frage: Jetzt sprechen Sie aber als Vertreter ihrer

Institution. Wie verhält sich die katholische Kirche dazu? Wenn ich als Hinterbliebene zu meinem Gemeindepfarrer gehen und ihn um Rat fragen würde, weil ich einen Justizprozess anstreben möchte, würde er mich dabei unterstützen oder würde er mir raten, die Sache auf sich beruhen zu lassen?

J.H.: Die Kirche würde Sie an eine Organisation verweisen, die zum Thema Strafjustiz arbeitet. Dazu braucht es spezialisiertes Wissen plus die drei Elemente, die ich vorhin genannt habe: Geld, einen Anwalt und den politischen Willen. Einen Prozess zu führen ist nichts einfaches, es reicht nicht, mit ein paar Beweismitteln und ZeugInnen zu kommen. Und dann beginnt der ganze politische Verschleiss, dem man sich aussetzen muss. Die katholische Kirche begleitet diese Prozesse, die Exhumierungen sind ein erster Schritt dabei. Danach arbeitet sie eng mit den Organisationen zusammen, die juristische Begleitung und Beratung anbieten. Die Kirche puscht solche Prozesse nicht, sie ist bloss Bindeglied zwischen den Gemeinden und diesen Organisationen. Sie war z. B. sehr engagiert im Fall von Candido Noriega oder „den Witwen von Tululché“, wie ich es lieber nenne, weil ich mich nicht mit Noriega sondern mit den Witwen identifiziere. Dies ist der einzige Fall, wo die Kirche in einem Justizfall eine aktive Rolle eingenommen hat. In allen anderen Fällen hat sie Pastoralarbeit geleistet, hat die Leute auf unterschiedliche Weise begleitet.

Frage: Zurück zur religiösen Praxis. Die meisten Gemeinden, die vom Krieg betroffen waren und in denen jetzt Exhumierungen stattfinden, sind Maya-Gemeinden mit ihren eigenen Traditionen, Riten und Zeremonien. Wie geht die katholische Kirche damit um?

J.H.: Die katholische Kirche hat stark am Thema Inkulturalisierung gearbeitet. Wenn wir von Inkulturalisierung sprechen, gehen wir von den Ausdrucksformen und Erfahrungen jedes Volkes aus. Dies war eine grosse Herausforderung für die Kirche und man kann sich fragen, ob sie diesen Prozess wirklich zugelassen hat. Es geht ja um mehr als um die Übersetzung des Kirchengesangbuches in eine Mayasprache. Es geht um mehr, als dem Pfarrer eine Stola aus *típico*-Stoff umzulegen oder Tongefässe für's Abendmahl zu gebrauchen. Für mich geht es im Inkulturalisierungsprozess darum zu schauen, was die Realität von indigenen Leuten innerhalb der katholischen Kirche ist, wo das Potential dieser Kombination liegt. Es geht darum, UNSERE Kirche, eine Kirche mit in-

digenem Gesicht zu konstruieren. Das heisst, es braucht Leute innerhalb der katholischen Kirche, die unsere Beziehungsformen, unsere Sichtweisen einbringen, diese als selbstverständlich leben und eine Veränderung anstreben. Tatsache ist aber, dass es die Kirche ist, die definiert, nach welchem Muster die Messe abzulaufen hat. Es dürfen Elemente integriert werden, Teile in Maya-Sprache gesprochen werden. Aber dies ist keine wirkliche Veränderung, es ist nichts anderes, als der herkömmlichen Messe einen Maya-Touch zu geben, ohne jedoch den christlichen Grundtenor zu verändern. Es bedeutet nicht, die Messe auf unsere Weise (um-) zu gestalten.

Solche Forderungen lösten bei vielen Leuten innerhalb der Kirche eine Krise aus. Es bedeutete aber auch eine Krise für viele Leute der Basis, die begannen, das IHRE von dem Christlichen zu trennen. Ich habe an vielen Messen teilgenommen, wo eine Maya-Zeremonie vor oder nach der Messe abgehalten wurde. Oder wo ich als Pfarrer eingeladen wurde, an ihren Riten teilzunehmen, jedoch nicht, um bei ihren Riten die Messe zu lesen. Es geht dabei nicht darum, in Streit oder Kompetenz zu treten, sondern sie verstanden es einfach als zwei verschiedene Dinge, die sich nicht widersprechen.

Während des Krieges wurden sämtliche Formen von Spiritualität der Indigenenbevölkerung unterdrückt. Die Menschen nicht auf ihrem Land arbeiten zu lassen war eine Verletzung ihrer Spiritualität, sie um Mitternacht nicht ihre Rituale feiern zu lassen, weil ein Ausgehverbot verhängt wurde, war eine Verletzung des Rechts auf ihre Spiritualität. Die Imposition der fundamentalistischen Sekten verletzt die Spiritualität der Mayas. Es wurde ihre Art zu leben, ihre Art die Dinge zu sehen, über die Dinge nachzudenken, zerstört. Die Leute waren gezwungen, ihre Spiritualität, ihren Glauben zu verstecken, weil sie sonst als Kommunisten oder als Guerilleros verfolgt wurden und viele wechselten zum Evangelikalismus, weil sie glaubten, so vor Verfolgung geschützt zu sein.

Frage: Hat sich denn heute, zum Beispiel bei den Begräbnissen nach Exhumierungen, diese Art der Inkulturalisierung verändert oder wird immer noch einfach nur ein bisschen Maya-Spiritualität in die christlichen Riten aufgenommen?

J.H.: Ich glaube, nach all dem, was vorgefallen ist, wird heute die Partizipa-

tion mehr und besser respektiert. Bei Bestattungen, die wir begleiten, können die Angehörigen wählen, ob sie ihre Rituale feiern, eine Messe oder einen evangelikalen Kult zelebrieren wollen. Wir sind dem gegenüber offen. Es gibt Platz für die verschiedenen religiösen Ausdrucks- und Glaubensformen. Ich glaube, man muss „den Altar zum Volk bringen“. Beispielsweise die Messe im Feld feiern, wenn sie das wünschen oder auf dem Berg. Wir müssen den grossen Tempel verlassen und zu den für sie heiligen Orten gehen.

Zweifellos gibt es viele fundamentalistische Einstellungen hinsichtlich der Frage, wer die Wahrheit „besitzt“ und dass es ausserhalb dieser einen Wahrheit keine Erlösung gibt. Aber im Falle der Begräbnisse wird diese Vielfalt auf alle Fälle respektiert.

Frage: Und in der Messe?

J.H.: Dies findet nicht in einer x-beliebigen Sonntagsmesse statt, sondern bei einem speziellen Anlass: Bei einer Heirat, der Taufe eines Kindes, der Aussaat, bei einer Krankheit, um um Regen zu bitten, oder eben bei einer Bestattung. In Momenten, wo die Leute ihre spirituellen Führer, sei es der Mayapriester oder der Pfarrer, oder eben beide, suchen.

Frage: Ist die evangelikale Kirche auch offen für solche Prozesse? Es gibt ja massenweise Indigenas, die „Evangélicos“ sind.

J.H.: Eine Erklärung für dieses Phänomen ist sicher die Unterdrückung der Maya-Spiritualität während der *Violencia*.

Es gibt evangelikale Priester die merken, dass es so nicht mehr weitergehen kann und die Versöhnungsprozesse begleiten. Vor allem in Gemeinden, wo es sowohl *Evangélicos*, KatholikInnen als auch so genannte *Costumbristas* gibt, sind das aber schwierige Prozesse, speziell wenn es um Fragen geht wie die Suche nach Wahrheit. Daran muss noch viel gearbeitet werden und zwar mit grosser Sorgfalt. Für viele Vertreter der evangelikalen Kirchen sind Knochen Knochen. Sie interessieren sich mehr für die Lebenden. Damit werden viele Fragen und Prozesse verdeckt und verhindert.

Frage: Wenn wir die heutige Situation anschauen, die Arbeitslosigkeit, die Gewalt, die das alltägliche Leben vieler Leute dominieren, glauben Sie nicht, es wäre besser, an diesen Themen zu arbeiten, anstatt an der Vergangenheit?

J.H.: Ich verstehe das als etwas In-

tegrales. Politisch gesehen ist es sehr wichtig, dass die Vergangenheit bearbeitet wird, denn wir können nicht erlauben, dass sich die offizielle Version der Geschichte durchsetzt. Wer sich die ganzen *Testimonios* angehört hat, kann sich dem nicht einfach verschliessen.

Ich bin einverstanden damit, dass wir heute viele Probleme haben, die wir angehen müssen. Aber wenn wir keine Fundamente haben, wenn wir die Geschichte nicht verstanden haben – in welche Richtung stossen wir diese Gesellschaft? Wie ist es möglich, dass diejenigen, die sich heute dem Volk als politische Optionen anbieten, diejenigen sind, die für die Verbrechen der Vergangenheit verantwortlich sind? Wir können nicht einfach so tun, als wenn nichts gewesen wäre und das Volk weiterhin an der Nase herumführen (lassen).

Dazu kommt unser schwaches Justizsystem. Die Menschenrechtsverletzungen wurden nie untersucht. Mit der Forderung nach Aufklärung dieser Verbrechen fordern wir gleichzeitig, dass sich das Justizwesen verändert. Wir schauen nicht in die Vergangenheit, um dort stecken zu bleiben. Wir schauen nicht in die Vergangenheit, um uns in unserem Opferdasein zu gefallen. Wir

schauen zurück, um bessere Forderungen, bessere Vorschläge für die Gegenwart machen zu können. Die Ursachen des Krieges in unserem Land sind nichts Isoliertes. Es ging um Armut, um die Landfrage etc. Und diese Probleme sind bis heute nicht gelöst. Deshalb ist es wichtig zu verstehen, was die Ursache für den Krieg war, damit die Leute sich fragen können: „Und was habe ich dabei gemacht?“ Es ist wichtig, einen integralen Blickwinkel einzunehmen.

Frage: Es gibt momentan keine politische Kraft, die sich für das einsetzt, was Sie vorschlagen. Die Leute sind verzweifelt, haben keine Hoffnung. Glauben Sie, dass die katholische Kirche diesbezüglich eine politische Rolle spielen könnte? Will sie überhaupt eine politische Rolle spielen? Hätte sie möglicherweise eine Glaubwürdigkeit, die die politischen Parteien nicht haben?

J.H.: Die Leute brauchen einen Referenzpunkt, sie brauchen eine glaubwürdige Führung. Und die gibt es im Moment nicht. Die grosse Herausforderung, vor der wir stehen ist, die Vergangenheit und die Gegenwart zusammenzubringen. Doch unsere Gesellschaft ist

gespalten. Es gibt unterschiedliche Interessen, es gibt eine starke Individualisierung.

Ich glaube schon, dass die katholische Kirche Glaubwürdigkeit besitzt, aber sie hat im Moment keinen Schwung. Einzelne Vertreter der katholischen Kirche wie Monseñor Ramazzini haben eine grosse politische Wirkung, ihre Meinungen werden gehört und sie zählen. Genau solche Referenzpunkte brauchen wir. Leider ist es so, dass die katholische Kirche Glaubwürdigkeit besitzt, mehr fast als die sozialen Bewegungen oder die Menschenrechtsorganisationen. SIE sollten dieses Gewicht haben und Vorschläge machen, die von der ganzen Gesellschaft unterstützt werden.

Innerhalb der katholischen Kirche gibt es Strömungen, die Leute wie Ramazzini schwächen und zum Schweigen bringen wollen, wie das mit Monseñor Cabrera im Departement Quiché gemacht wurde. Die katholische Kirche verteidigt zwar ihre soziale Rolle, aber sie will als Kirche agieren und duldet keine Einzelinitiativen oder Exponenten wie Ramazzini.

Vielen Dank für das Gespräch!

Preisvergabe an Helen Mack

Guatemala, 07. Sept. Helen Mack, Leiterin der *Myrna Mack-Stiftung*, erhielt dieser Tage den *Notre Dame-Preis 2005*, der jährlich von der gleichnamigen Universität für „herausragendes öffentliches Engagement in Lateinamerika“, vornehmlich in der Förderung von Demokratie und Menschenrechten vergeben und von dem *Kellogg-Institut für internationale Studien* sowie der *Coca-Cola-Stiftung* gesponsert wird. In der Laudatio wurde Macks 15jähriger Kampf gegen Ungerechtigkeit und Straflosigkeit herausgehoben, den sie ausgehend von dem Mord an ihrer Schwester, der Anthropologin Myrna Mack am 11. September 1990, führt.

Die Auszeichnung wurde 1999 das erste Mal vergeben mit der Absicht, die Arbeit von Persönlichkeiten zu würdigen, die sich auf ehrenvolle und wirksame Weise für das Öffentliche Wohl einsetzen und wird jenen überreicht, die sich unter anderem in den Bereichen Menschenrechte, Bildung, Religion und Journalismus engagieren.

Zu den Preisgekrönten Vorgängern von Helen Mack gehören Brasiliens Präsident Luis Inácio Lula da Silva sowie der Präsident der *Interamerikanischen Entwicklungsbank* (IADB), Enrique Iglesias.

Menschenrechte im Niedergang

Guatemala, 05. Sept. Die Politiken des Antiterrorismus, Anti-Drogenhandels und der Anti-Jugendbanden stellen eine gravierende Bedrohung für die Gültigkeit der Menschenrechte in der Region dar, resümierten MenschenrechtsaktivistInnen aus Zentralamerika und Panama. Sie hatten sich vom 31. August bis 02. September zum „Ersten Regionalen Treffen der Verteidiger und Verteidigerinnen der Menschenrechte“ in Antigua Guatemala getroffen, um die zahlreichen und vielfältigen Einschüchterungen zu analysieren, mit denen die Länder in der Region konfrontiert sind.

Die Ergebnisse dieser Analysen zeigen auf, dass diese Staaten in einem Verfallsprozess der Demokratie versunken sind, die sich zum einen in den Drohungen gegen die AktivistInnen als auch in der wirtschaftlichen und sozialen Situation manifestiert, in der die BürgerInnen leben.

Dieses Panorama hat grosse öffentliche Demonstrationen von Seiten der Gesellschaften hervorgerufen, die von den Regierungen unterdrückt wurden, so der Bericht, den die teilnehmenden VerteidigerInnen der Menschenrechte erarbeitet haben.

Gemäss den AktivistInnen steht Zentralamerika ernsten Problemen gegenüber wie dem fehlenden Zugang zu

Einkommensquellen und zu Land. Zudem herrschen ethnische und Geschlechterdiskriminierung.

In dem Masse, in dem Wirtschafts- und Sicherheitspolitiken eingesetzt werden, die die Verletzungen der individuellen und kollektiven Garantien fördern, sehen sich die VerteidigerInnen dieser Rechte in Gefahr, schlussfolgern die TeilnehmerInnen. Vorsitzender des Regionaltreffens war der Sekretär der *Interamerikanischen Menschenrechtskommission*, Santaigo Cantón.

Allein zwischen Januar und Juli hat die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) 17 Hausfriedensbrüche von Menschenrechtsbüros und 27 Morddrohungen gegen deren Mitglieder in Guatemala registriert. Zu den 94 gezählten Gewalttaten konkret gegen MenschenrechtsaktivistInnen gehören mindestens zwei Morde, deren letztes Opfer der Anwalt Harold Pérez, Berater von Casa Alianza. Seine Arbeit konzentrierte sich vornehmlich auf die Problematik der Adoptionen, Todesfälle von Mädchen und Jungen, die auf der Strasse leben sowie die die Verletzung der Rechte der Kinder in Guatemala.

Derweil wird von Seiten der staatlichen Autoritäten wenig bis gar nichts unternommen, um die Fälle aufzuklären und die Gewaltwelle einzudämmen.

Haushaltspläne für 2006

Guatemala, 06. Sept. Wie angekündigt reichte das Finanzministerium Anfang des Monats dem Kongress den Haushaltsplanvorschlag für das kommende Jahr ein, der um 11% den diesjährigen Etat übersteigen wird. In Zahlen ausgedrückt sind dies 35,98 Mrd. Quetzales (ca. US-\$ 4,8) und somit knapp 3,6 Mrd. mehr als 2005, erklärte María Antonieta del Cid de Bonilla, Chefin des Ressorts, und fügte hinzu, dass innerhalb des Haushaltsprojektes die Sozialausgaben mit etwa 5,9% des Bruttoinlandsprodukt (BIP) priorisiert wurden. Diese sollen verteilt werden auf die Ministerien für Gesundheit, Bildung und Inneres.

Der Vorschlag sieht zudem die Möglichkeit vor, dass grosse Infrastrukturprojekte, die von der Regierung geplant werden, von so genannten *Public-Private-Partnership*-Allianzen finanziert und ausgeführt werden könnten, solange ein angemessener legaler Rahmen vorhanden sei.

Der nun vorgelegte Finanzentwurf gründet sich auf die Erwartung, dass die Staatseinnahmen aus privaten und Import-Mehrwertsteuern rund 28 Mrd. Quetzales decken, mit Staatsanleihen und Krediten von internationalen Organisationen soll die Kasse aufgefüllt werden. Voraussetzung für diese Berechnung sind eine reale Steuerlast von 10% des BIP, ein Defizit von 1,9% und ein BIP-Wachstum von 4,1%, dies die kühnen Schätzungen der *Staatsbank von Guatemala* (BANGUAT), trotz des kontinuierlichen Anstiegs der Ölpreise, sich dabei jedoch auf den Start des *Freihandelsabkommens zwischen den USA, der Dominikanischen Republik und Zentralamerika* (DR-CAFTA) stützend.

Bereits im Vorfeld erläuterte Hugo Beteta, vom *Sekretariat für die präsidentiale Planung und das präsidentiale Programm* (SEGEPLAN) die fünf Strategielinien der Etatplanung 2006: Die erste beziehe sich auf das Agrartheme und die Mechanismen des Zugangs zu und der Pacht von Land sowie der Konflikte rund um dieses. Die zweite Linie decke die Nahrungssicherheit ab, deren Ziel es sei, Bedingungen zu schaffen, damit die Guatemalteken in ländlichen Gegenden ihre eigene Nahrung produzieren, was die Verteilung von Nahrungsmitteln unnötig mache.

Die dritte Linie umfasse die Themen Frieden und Entschädigung, die Teil der Friedensabkommen seien und in Beziehung stünden mit dem vierten Strategiezug, welcher die Bedeutung der Aspekte unterstreichen, die in Zusammenhang mit den ethnischen Völkern stehen, die im Land leben.

Schliesslich fügten sich die Themenbereich Gesundheit, Bildung und Sicherheit in die Strategie ein und steck-

ten ehrgeizige Ziele, so Beteta. Dem Aspekt des Wohnungsbaus wies er eine doppelte Bedeutung zu, zum einen sei sie Teil der familiären Stabilität, zum anderen trage sie dazu bei, die Wirtschaft in Schwung zu bringen und somit Produktion und Arbeitsplätze zu schaffen.

Gemäss der Haushaltsplanung für 2006 wird das Erziehungsministerium 600 Mio. Quetzales mehr erhalten als in diesem Jahr und soll somit über Q 5,2 Mrd. verfügen. Mit diesen Geldern sollen im nächsten Jahr zumindest die jährlichen Ausgaben für Schulutensilien pro SchülerIn von 23 auf 50 Quetzales erhöht und 40 Mio. Quetzales in die Weiterbildung der 80'000 LehrerInnen investiert werden, kündigte die Vizebildungsministerin Miriam Castañeda an. 31 Mio. Quetzales von den knapp Q 200 Mio., um die der Etat des Gesundheitsministeriums erhöht werden soll, stammen aus einer Schenkung der *Internationalen Entwicklungsagentur* (AID) und sollen einem Präventionsprogramm zu Gute kommen, der Rest sollen der Staatskasse entnommen werden und in die Verstärkung eines Impfprogramms, der Anstellung von ÄrztInnen und der Betreuung von PatientInnen dienen, die an HIV/AIDS erkrankt sind. Die 100 Mio. Quetzales, die das Agrarministerium zusätzlich erhalten soll, sind für die Deckung der Ausgaben des *Katasterinformativregisters* (RIC) vorgesehen.

Doch ganz so rosig sehen die Pläne schon bei näherem Hinsehen nicht mehr aus. So kommentiert der Politanalyst Hugo Maul, dass „historischerweise“ fast 70 Prozent des Haushaltes bereits durch Verfassungsberechtigungen eine feste Bestimmung haben. „Mit den restlichen 30 % sind der Regierung die Hände gebunden“, so Maul. Auch der Wirtschaftsanalyst Luis Carrillo vom Forschungsverband ASIES weist darauf hin, dass jegliche Finanzerhöhung nur wenig signifikant sein kann, wenn nicht die Steuereinnahmen erhöht werden.

Auf diesen Aspekt nimmt auch Helmer Velásquez von der *Koordinati-on der Nichtregierungsorganisationen und Kooperativen*, CONGCOOP, Bezug und weist, den Optimismus der Regierung dämpfend, auf einen Bericht der CONGCOOP über die Sozialausgaben im ersten Halbjahr 2005 hin, gemäss dem just diese Investitionen im genannten Zeitraum reduziert worden und die Steuereinnahmen ebenfalls zurückgegangen seien.

Auch in Sachen Freihandelsabkommen sind die Sozialen Organisationen anderer Meinung als die Regierung und weisen darauf hin, dass in der Formulierung des Plans die reale Schätzung der nationalen Einkommensverluste nicht in Betracht gezogen wurde, die die Folgen des CAFTA sein können, mit inbegrif-

fen zukünftige Steuer- und Zollbefreiungen sowie die Wirkung einer steigenden Verschuldung und die objektive Einschätzung des wirtschaftlichen Wachstums.

Die 4,1%-Wachstums-Prognostik des PIB, das die BANGUAT aufstellte, bewertete der Wirtschaftsexperte Carlos Barreda vom *Kollektiv Sozialer Organisationen* (COS) als unrealistisch, habe man bei der Aufstellung doch ausser Acht gelassen, dass sich nicht nur Guatemala in einer Ölkrise befände und die USA in Rezession, was den Rückgang von nationalen Exporten und möglicherweise der Geldrücksendungen mit sich bringe, die vornehmlich die in den USA lebenden GuatemaltekenInnen an ihre Familien schicken und damit wesentlich zu den nationalen Devisen beitragen.

Während der Etat des Innenministeriums ebenfalls, und zwar um 200 Mio., auf insgesamt 2 Mrd. Quetzales erhöht werden soll, welche laut Ressortleiter Carlos Vielmann planmässig in die Funktionsfähigkeit der Institution investiert würden, stehen dem Justizwesen im kommenden Jahr rund 637 Mio. Quetzales zur Verfügung, das Doppelte war vom *Höchsten Gerichtshof* (CSJ) beantragt worden, um die wesentlichen Anforderungen abdecken zu können. Zu diesen zählen unter anderem die Stärkung der Justizverwaltung mit Projekten wie der Einrichtung von Agrartribunalen, die Ausweitung des Regionalisierungsplans, die Sicherheit der Justizangestellten sowie der Bau weiterer Gerichte im Landesinneren.

Entgegen erster Ankündigungen soll auch das Verteidigungsministerium deutlich mehr bekommen, anstelle der rund 1 Mrd. wird es über 1,1 Mrd. Quetzales verfügen. Dies ist laut Präsident Berger - trotz oder wegen? - bedingt durch die Festlegung im Friedensabkommen zur Armeereduktion, nach dem der Institution 0.33 Prozent des BIP zustehen. „Derzeit hilft uns das Militär in Sicherheitsaufgaben. Es wird mehr Geld bekommen, weil das BIP gestiegen ist. Ob es diese Mittel nutzen wird oder nicht, werden wir später sehen“, brachte der Präsident seine Rechtfertigung auf den Punkt.

Diese Disposition sowie der Rückgriff auf eine erhöhte Staatsverschuldung zur Finanzierung des Etats werden auch von Seiten einiger Abgeordneten kritisiert. Laut Nineth Montenegro vom *Encuentro por Guatemala* gestehe man durchaus die Grenzen des Finanzhaushaltes zu, doch umso ungerechtfertigter erschienen manche Mittelzuweisungen im Etatplan, unter anderem die an das Verteidigungsressort.

Bis zum 30. November hat der Kongress Zeit für die Billigung des Vorschlags.

Der Staat bittet um Verzeihung

Guatemala, 30. Aug. Familienangehörige von elf Universitätsstudierenden, die 1989 verschwunden und ermordet worden sind, forderten jetzt von der guatemaltekischen Regierung, dass sie sich als materielle und intellektuelle Täterin der Verbrechen bekenne und diese vor Gericht behandelt würden. Anlass war die Veranstaltung zur internationalen Anerkennung der Verantwortung von Seiten des Staates für die aussergerichtlichen Hinrichtungen und das erzwungene Verschwinden der Opfer.

Vizepräsident Eduardo Stein oblag die offizielle Vertretung während des Aktes, obwohl Präsident Oscar Berger – wegen dem die Veranstaltung eigentlich extra verschoben worden war – sich ebenfalls im Nationalen Kulturpalast und sogar nebenan in einer Aktivität des Erziehungsministeriums befand, und bat um Verzeihung, da der guatemaltekische Staat damals das Leben der jungen Menschen nicht geschützt habe.

Während des Festaktes, der im ehemaligen Sitz der Regierung und des inzwischen aufgelösten *Präsidenten Generalstabs* (EMP) stattfand, würdigte die *Präsidenten Menschenrechtskommission* (COPREDEH) im Beisein von Familienangehörigen, Presse und nationalen wie internationalen MenschenrechtsaktivistInnen das Gedenken an die Opfer.

Am 21. August und 10. September 1989 verschwanden im Rahmen der Aufstandsbekämpfungspolitik, die 36 Jahre lang das Land beherrschte, auf gewalt-

same Weise die Studierenden Silvia María Azurdia Utrera, Víctor Hugo Rodríguez Jaramillo, Mario Arturo De León Méndez, Aarón Ubaldo Ochoa, Hugo Leonel Gramajo López, Iván González Fuentes, Carlos Contreras Conde, Carlos Humberto Cabrera Ruano und Eduardo Antonio López Palencia, die gefoltert und schliesslich brutal ermordet wurden.

Bei der Gedenkfeier, bei der die Abwesenheit von wichtigen FunktionärInnen der Exekutive, wie der Leiterin des Friedenssekretariats (SEPAZ) und allen voran just des Mandatsträgers selbst, auffiel, entfalteten Mitglieder der Studierenden-gruppierung *Widerstandsblock* (BR) Transparente und Plakate und stimmten Slogans an, unter diesen "Kein Verzeihen, kein Vergessen – Gerichtsverfahren und Strafe".

Eine Gruppe von Familienangehörigen der Opfer hatte mit Beratung und Begleitung des Menschenrechtszentrums CALDH den Fall der *Interamerikanischen Menschenrechtskommission* (CIDH) eingereicht. Am 18. Februar dieses Jahres war ein Freundschaftsabkommen zwischen den KlägerInnen und dem guatemaltekischen Staat unterzeichnet

worden. Dieser sah eben die Realisierung eines Anerkennungsaktes der staatlichen Verantwortung für den Mord an den Jugendlichen vor.

Erwin Pérez kommentiert in *incidencia democrática* folgendes: "Die Studierenden, Opfer der Repression, waren AnführerInnen der *Vereinigung der Universitätsstudierenden* (AEU) und stützten nicht nur die sozialen Forderungen jener Zeit, wie den historisch gewordenen Streik der LehrerInnen, sondern glaubten begeistert an das Ende des Krieges, die reale Demokratisierung des Landes und die Freiheit. Deswegen wurden sie umgebracht. Die repressiven Staatsmächte waren die einzigen Verantwortlichen. Vinicio Cerezo war Präsident – und formalrechtlich auch der Generalkommandant des Militärs, und Héctor Gramajo war der Verteidigungsminister. Der erste ist derweil Abgeordneter im Kongress und will wieder auf den Präsidentenstuhl, der zweite starb am 12. März 2004 inmitten eines Bienenschwarms. Während seiner Amtszeit startete er zwei umfangreiche Militäroffensiven gegen die Guerilla, die das Leben von Tausenden von Guatemaltekinnen beendeten.

Neuer US-Botschafter für Guatemala

Guatemala, 2. Sept. Mitte September wird James Michael Durham die Nachfolge des am 15. Juli pensionierten US-amerikanischen Botschafters in Guatemala, John R. Hamilton, antreten. Nicht nur in Guatemala, sondern auch in Panama und Nicaragua gibt es Wechsel im US-Botschaftsamt. Wenn man die "neuen" Diplomaten so hört, kann man sich eine Idee davon machen, in welche Richtung sich die US-amerikanische Aussenpolitik in Zentralamerika entwickeln wird.

Botschafter Paul Trivelli, neu in Nicaragua, will „die Regierung Bolaños in ihrem bewundernswerten Kampf gegen die Korruption unterstützen“. Ein weiteres Ziel sei die Unterzeichnung des Freihandelsabkommens CAFTA durch Nicaragua und das Garantieren von transparenten Regierungswahlen im Jahr 2006. Die nicaraguensische Zeitschrift *envío* interpretiert diese Aussage dahingehend, dass mit allen Mitteln verhindert werden soll, dass die Partei FSLN die Wahlen gewinnt, damit sich die „andere Achse des Bösen“, die US-Präsident Bush in Venezuela und Kuba ansiedelt, nicht weiter ausbreiten kann.

Auch bei Durham stehen Sicherheit, wirtschaftliches Wachstum und der

Kampf gegen den Terrorismus zuoberst auf der Prioritätenliste. Der neue US-Botschafter für Guatemala sagte letztes Jahr bei einer Pressekonferenz: „Man muss sich einmal anschauen, wie sich Lateinamerika in den vergangenen 25 Jahren verändert hat. Die von allen geteilte Verpflichtung der Demokratie gegenüber sowie die Öffnung der Märkte, die wir heute in der Region erleben, ist der grösste Erfolg der US-amerikanischen Aussenpolitik.“ Der Vertreter solcher neoliberaler Sichtweisen ist Sprössling einer jesuitischen Universität in New York und war in seiner diplomatischen Karriere bereits in den US-Botschaften in Mexiko, Brasilien, Argentinien, Italien und Japan tätig. In Brasilien und Uruguay wurde er beschuldigt, bei seinen Kommentaren den Mund zu voll zu nehmen und sich in die nationale Politik einzumischen.

In Guatemala erwartet man, dass Durham die eingeschlagene Politik der USA weiterverfolgen wird, die sich in letzter Zeit unter dem Deckmantel der Sicherheit und Wirtschaftspolitik in einer Verhärtung gegenüber sozialen und Menschenrechtsbewegungen manifestiert hat.

¡Fijáte!

Herausgegeben von:
Solidarität mit Guatemala e.V.

Bankverbindung:
Postbank Karlsruhe
BLZ: 660 100 75

Kto. -Nr.: 32 95 01-751

Redaktion:

Barbara Müller
Christiane Treeck

c-tree@gmx.net

Aboverwaltung:

Ewald Seiler

Rahel-Varnhagen-Str. 15

79100 Freiburg

fijate@web.de

Jahres-Abo: 55.- €

Auslands-Abo: 60.- €

E-Mail-Abo: 50.- €

Erscheinungsweise 14-täglich.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

www.guatemala.de/Fijate/index.html

Die Wassernutzung braucht klare Regeln

Bis dato gibt es in Guatemala kein Wasserrahmengesetz. Eine von der guatemaltekischen Umweltorganisation CALAS vorgebrachte Gesetzesinitiative soll nun die Verwaltung des Wassers verbessern. Diese Initiative ist bereits in verschiedenen Parlamentsausschüssen und mit den BürgermeisterInnen des Landes diskutiert worden. Die Regulierung des Wassers ist wichtig, da insbesondere etwas gegen die Wasserverschmutzung getan werden muss.

Wasser ist eine Grundressource für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung einer Gesellschaft. Etwa 70% des Wassers wird in Guatemala für industrielle, 20% für landwirtschaftliche Zwecke und 10% im Haushalt verbraucht. Yuri Melini, Direktor von CALAS, setzt sich für die gesetzliche Regulierung des Wassers ein, denn „alles ist besser, als der völlig unregelmäßige Zustand, den wir jetzt haben“. Wasserverschmutzung, Sickerverluste, Korruption sind die Folgen der aktuell chaotischen Situation, der besonders arme Bevölkerungsgruppen ausgesetzt sind.

Rund 90% der Bevölkerung verfügen über einen Zugang zu Wasser. Im Nachbarland Nicaragua sind es im Vergleich nur 54%. Doch meist ist das Wasser extrem verschmutzt. Yuri Melini geht davon aus, dass 70% der Abwässer der Hauptstadt mit seinen 3,5 Millionen EinwohnerInnen ungeklärt in den Motagua-Fluss geleitet werden. Es fehlt jegliche Kontrolle hierüber, mit der Folge, dass giftige und gesundheitsgefährdende Substanzen ins Wasser gelangen und flussabwärts gelegene Gemeinden gefährden. Einer der Hauptverursacher ist die Industrie, die ungeklärt die Abwässer in die Seen und Flüsse leitet, so auch in den Amatitlán-See nahe der Hauptstadt. Dort leben kaum noch Fische und Baden gehen ist besser zu vermeiden.

Ferner sind die Trinkwasserleitungen bis zu 50% undicht. Dies bedeutet zum einen, dass Wasserverluste zusätzliche Kosten verursachen und zum anderen, dass Krankheitskeime in den Wasserkreislauf eintreten. Wasser aus dem Wasserhahn zu trinken, stellt daher ein klares Gesundheitsrisiko dar.

Für Trinkwasser und Abwasser sind die Kommunen zuständig. In aller Regel gibt es Trinkwasserleitungen im Zentrum eines Siedlungsgebietes. BewohnerInnen in den randständigen Slumvierteln verfügen über keine Hausanschlüsse. Sie sind gezwungen, ihr Trinkwasser bei privaten Tankwagen zu kaufen. Mangelnde öffentliche Regulierung und fehlende Wasserleitungen benachteiligen vor allem die arme Bevölkerung.

Den Gemeinden fehlt es häufig an technischer und Verwaltungskompetenz. Roel Pérez, Vorsitzender des Ver-

bandes der Gemeinden, gesteht ein, dass „wir nicht einmal wissen, wie viele Brunnen und Quellen es in einer Gemeinde gibt“. Gleichzeitig ist Wasser ein Thema, bei dem es um Besitzstände und politischen Einfluss in den Gemeinden geht. Allseits wird die „Politisierung“ des Themas Wasser beklagt.

In vielen Gemeinden des Landes ist Wasser der Pfründenwirtschaft ausgesetzt. Das Wassergesetz wird auch als ein Beitrag zur Überwindung der Spirale aus unzulässiger Einflussnahme auf Geschäfts- und Personalpolitik sowie Korruption in den Gemeinden gesehen.

Mit einem neuen Gesetzesentwurf soll nun ein Instrument geschaffen werden, welches den „Missbrauch (...), die Ausbeutung, die Verschlechterung, die Nichtbeachtung und die gravierenden Defizite innerhalb des Versorgungssystems aufgrund fehlender Institutionen bekämpft“. Eine Regulierungsbehörde soll die bisherige Arbeit der Gemeinden verbessern und die Reinhaltung des Wassers kontrollieren, u.a. auch mit Sanktionen, die bis hin zum Entzug der Betriebserlaubnis reichen können.

Carlos Cobos, zuständig für derartige Fragen innerhalb des Landwirtschaftsministeriums, fordert klare Kriterien im künftigen Gesetz, um über die Konzessionierung von Nutzungsrechten zu walten. Wie er hatte CALAS gefordert, dass die Regulierungsbehörde unabhängig sein soll. Allerdings hat es nach der Vorlage der Gesetzesinitiative einen Konsultationsprozess mit den verschiedenen interessierten AkteurInnen, darunter den BürgermeisterInnen des Landes gegeben. Die Gemeinden haben durchgesetzt, dass es keine unabhängige Regulierungsbehörde gibt, sondern, dass dieselbe nun für eine Übergangszeit als Vizeministerium für Wasserressourcen im Umweltministerium eingerichtet wird. Auf diese Weise können sie ihren politischen Einfluss auf dieses von ihnen als wichtig erachtete Thema in den Gemeinden aufrechterhalten. Natürlich ist dies ein Wermutstropfen für das Gesetz, aber ohne die Gemeinden kann das Gesetz nicht geschmiedet werden. Es ermöglicht indes, dass kommunale Zweckbetriebe geschaffen werden, die sich aus mehreren Gemeinden zusammensetzen, um gemeinsame Wasservorkommen zu verwalten.

Yuri Melini drängt auf eine rasche Verabschiedung des Gesetzes: „noch bevor das CAFTA-Freihandelsabkommen in Kraft tritt.“ Ihm ist an dem Wasser als Gegenstand der Daseinsvorsorge unter nationaler Regie gelegen. Ohne nationale Regelung, so Melini, ist es dem Freihandelsvertrag ausgeliefert.

(Dieser Artikel erschien im Bulletin der Christlichen Initiative Romero, CIR, herzlichen Dank für's Copyright.)

Gegenströme

Guatemala, 7. Sept. Vor allem in den vorwiegend indigenen Departements Totonicapán und Sololá hat sich jüngst auch Widerstand gegen das geplante Wassergesetz gebildet. Cruz Capriel, Mitglied des Gemeinderats von Momostenango, Totonicapán, befürchtet, dass mit der Annahme des Wassergesetzes das in der Gemeinde praktizierte Wohnheitsrecht (*derecho consuetudinario*) verletzt würde. Die heute bestens funktionierenden Gemeindegremien, die sich um die Pflege der Quellen und die Verteilung des Wassers kümmern und auch im Konfliktfall verhandeln und regeln, würden durch die neu geschaffenen Institutionen verdrängt. Die bisherigen Komitees würden traditionellerweise jährlich neu gewählt und arbeiten ehrenamtlich.

95% der Quellen in Totonicapán befinden sich auf Land, das den Gemeinden gehört. In allen anderen Fällen verhandeln die Wasser-Komitees mit dem oder der LandbesitzerIn über den Gebrauch des Wassers, das als öffentliches Gut betrachtet wird. In diesem Sinne befürchtet Capriel, das nicht nur das traditionelle Verständnis von Besitz, das in gewissen indigenen Gemeinden noch Gültigkeit hat, ausgehebelt würde sondern auch die Arbeit zerstört würde, welche von den Wasser-Komitees geleistet wird.

Unterdessen haben auch die indigenen Autoritäten von Sololá, allen voran die indigene Bürgermeisterin Dominga Vázquez, ihre Bedenken bezüglich des Wassergesetzes ausgedrückt. Bei einem gemeinsamen Treffen mit den BürgermeisterInnen von Totonicapán wurde das Wassergesetz mit den Konzessionen für den Minenbau verglichen, da auch im Fall des Wassers befürchtet wird, dass es auf eine schleichende Privatisierung hinausläuft und Konzessionen an ausländische Firmen vergeben werden könnten. Gemeinsam will man nun Strategien und Aktionen überlegen, um die Annahme des aktuell vorliegenden Gesetzesentwurf zu verhindern bzw. ihn inhaltlich zu verändern.

Eine erste solche Aktion fand bereits am 4. August statt, als Hunderte von BäuerInnen aus 48 Dörfern Totonicapáns in Begleitung ihrer indigenen Behörden vor dem Kongress in der Hauptstadt gegen die Annahme des umstrittenen Gesetzes protestieren.

Am 6. September besetzten rund 600 Personen aus Sololá, Quetzaltenango und Totonicapán eine Strassenkreuzung an der vielbefahrenen *Interamericana*. Der Protest galt dem Wassergesetz und den Minenbautätigkeiten. Die Polizei schickte ein beachtliches Kontingent an Sicherheitskräften, um „ein Verkehrschaos zu verhindern“, wie es offiziell hiess.